

Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland e.V.

Walter Reuschling, [REDACTED]

Konto: [REDACTED]

Liebe Mitglieder, liebe Freunde!

27. August 1992

Der krampfhaft gesuchte nationale Energiekonsens ist da: alle Parteien sind sich in der Maßlosigkeit ihrer Forderungen einig:

- Alle wollen niedrige Strompreise, damit am Wirtschaftsstandort Deutschland nicht das Licht ausgeht. Aber alle wollen gleichzeitig auch hohe Stromtarife, damit der Preis zum Sparen und zur rationellen Energieverwendung zwingt.
- Alle wollen weniger Öl nutzen, um nicht von den unberechenbaren Scheichs abhängig zu sein.
- Alle wollen das gute russische Erdgas gerne hierzulande verbrennen, weil es relativ sauber und sicher ist. Aber alle wollen auch, daß die Russen dieses Gas selber nutzen, um die Atom-Meiler à la Tschernobyl zu ersetzen.
- Alle wollen den Kohlendioxidausstoß verringern - und das ausgerechnet mit Hilfe der teuren und dreckigen heimischen Steinkohle sowie der noch CO₂-trächtigeren Braunkohle.
- Alle wollen eifrig sparen, es darf nur nichts kosten und die Wähler nicht verärgern.

Widersprüche und Unvereinbarkeiten prägen die Vorstellungen der deutschen Politiker - egal ob von der CDU, der SPD oder der FDP. Nur das Energieprogramm der Grünen ist schlüssig, aber dafür nicht mehrheitsfähig.

Im Kern geht es um zwei Fragen: Sollen die heutigen Atomkraftwerke in 10 bis 15 Jahren durch neue ersetzt werden? Und wie stark sollen erneuerbare Energieträger und vor allem das Energiesparen gefördert werden?

Die herrschende CDU/FDP-Regierung will die Atomkraft solange nutzen, bis sich Solarkollektoren oder Windparks rechnen und die Bürger sparsamer geworden sind. SPD und GRÜNE wollen zuerst sparen und Öko-Energien mit Subventionen fördern.

Eine Studie der Basler PROGNOSE AG kommt zu dem Ergebnis, daß der Energieverbrauch nach einer kurzen Delle wegen der Krise in Ostdeutschland in den nächsten Jahren weiter steigt. Gleichzeitig erreichen ab dem Jahr 2005 immer mehr Atomkraftwerke das Ende ihrer Betriebszeit. Folgt man der SPD, deren energiepolitischer Sprecher Volker Jung "nur" 20 Jahre AKW-Nutzung für vertretbar hält, wären im Jahr 2005 "nur" noch 5 der heute 21 betriebenen AKWs am Netz.

Spätestens 1995 müssen die AKW-Betreiber deshalb den Bau neuer Anlagen planen und beantragen, um die Lücke zu schließen. Also muß bis 1995 klar sein, ob die Politiker lieber Atom-GAU-Risiken oder Klimaschäden durch fossile Energieträger in Kauf nehmen wollen - oder ob so gespart werden soll, daß neue Strom- und Wärmekraftwerke überflüssig werden, und auf Förderung der Solar- und Windenergie gesetzt werden soll.

Nach den ersten Erfahrungen mit der CDU/SPD-Regierung in Baden-Württemberg sieht es allerdings sehr duster aus. Der mit großen Vorschußlorbeeren gestartete SPD-Umweltminister Schäfer genehmigt ohne große Umstände den Uralt-Schrott-Reaktor Obrigheim und der SPD-Führer Spöri geht in seiner neuen Aufgabe als Wirtschaftsminister auf - und vergißt dabei seine langen Jahre in der Opposition: man denke an die SPD-Großveranstaltung im Jahre 1986: **Brüder, auf zur Sonne.**

Milch-Schadstoffe

Auf der Rückseite die neuesten Milch-Meßwerte. Sie wurden am 27. August 1992 vom BUND nach Rücksprache mit den Milchwerken freigegeben.

Zum Vergleich haben wir Ihnen die Werte der letzten Messung vom Frühjahr mit abgedruckt.

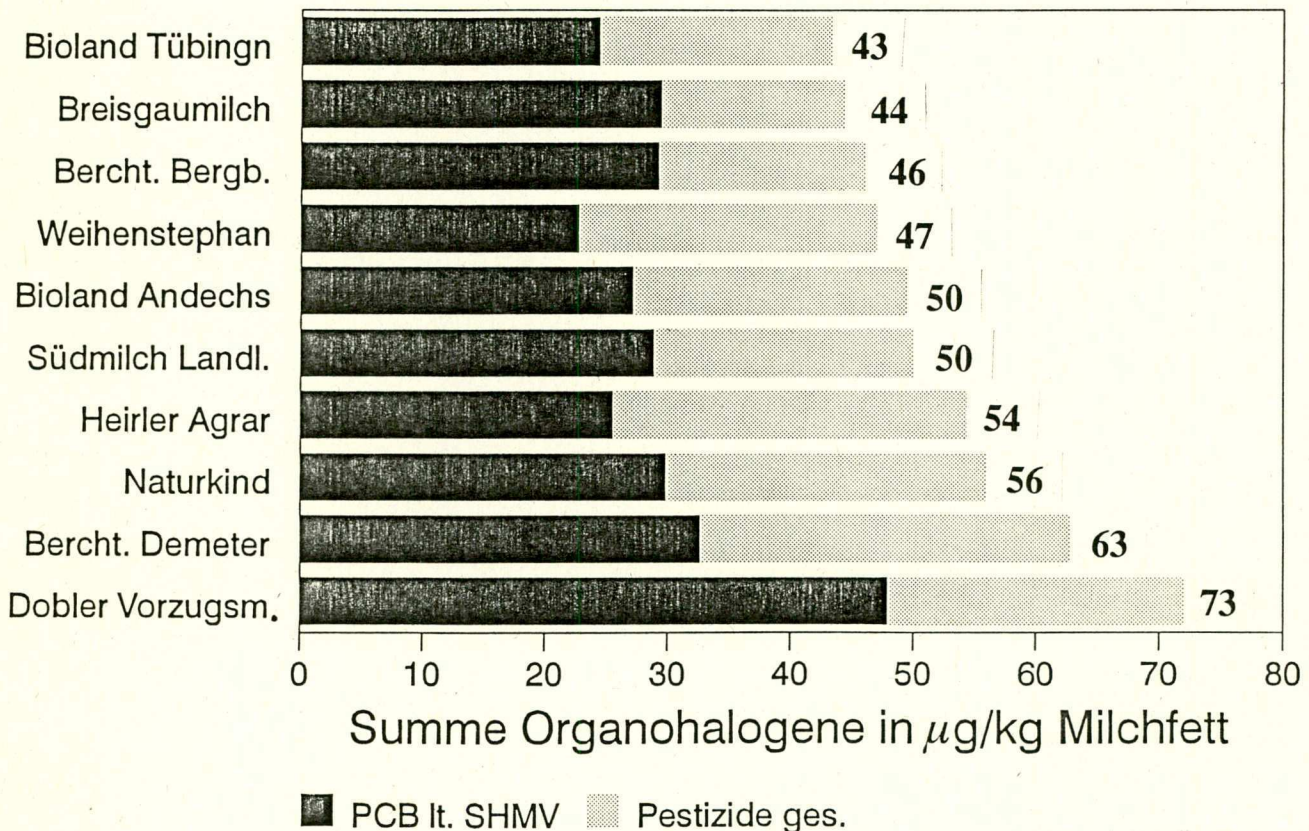
Die Milch-Schadstoffwerte (zur Erläuterung: Summe Organohalogene = Pestizide + PCBs) haben sich - bedingt durch die Sommerfütterung - deutlich reduziert.

Sie liegen aber weiterhin deutlich zu hoch - es besteht weiter Handlungsbedarf.

Vergleichende Milchanalysen

Belastung von Milchproben im Markenvergleich

Probenahme vom 13.06.1992



Erfasste Pestizide:

alpha-HCH, beta-HCH,
gamma-HCH, DDT,
DDD, DDE, Dieldrin,
Heptachlorepoxyd

Erfasste PCBs:

Nr. 28, 52, 101, 138,
153, 180

Probennahme am 14. März 1992

